„Der Courier" ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. — Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER" IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax St., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St. Regina, Sask.

"Ads" are always successful, in "The Courier" as by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 4. April 1923 | 12 Seiten | Nummer 22

Ein Nachklang zur Legislatur-Sitzung

Ein Wort zur Wahl in Moose Jaw.

In der letzten Woche der zu Ende gekommenen Legislatur-Sitzung der Provinz Saskatchewan kam eine Privat-Bill zur Debatte, die ein interessantes Schlaglicht warf auf die offizielle Stellungnahme der progressiven Partei (durch ihren Führer J. A. Maharg) zu einer wichtigen Frage, die von größtem Interesse für religiöse Unterrichts-Anstalten in unserer Provinz ist. Die Privat-Vorlage, um die es sich handelt, bezweckte die Steuerfreiheit der römisch-katholischen Sacred Heart Academy in der Stadt Regina.

Es sei bemerkt, daß andere ähnliche Institute in der Stadt Steuerfreiheit genießen. Es sind dies alles Erziehungsanstalten und führen wir die folgenden davon an:

Regina College — Methodistisch.
St. Chad's College — Episcopal.
Campion College — Röm.-Kath.
Lutheran College — Lutherisch.

Wie gesagt, sind diese Institute alle frei von städtischen Steuern. Die Vorlage vor der Legislatur bezweckte nun, auch die Sacred Heart Academy, die ein ähnliches Bildungs-Institut ist, wie die angeführten, von städtischen Steuern zu befreien. Eine lange und ziemlich erregte Debatte über diese Frage war die Folge. Es kam schließlich zur Abstimmung im Komitee für Privat-Vorlagen und die Steuerfreiheit wurde angenommen. Bei der Abstimmung stimmte Hon. John A. Maharg, Führer der Opposition und Präsident der Saskatchewan Grain Growers gegen die Vorlage. Er war also dagegen, daß die römisch-katholische Sacred Heart Academy dieselben Vorrechte genießen sollte, deren die anderen Bildungs-Anstalten sich erfreuen. Herr Maharg stimmte nicht nur dagegen, sondern in der Debatte, die der Abstimmung voranging, sprach er des Längeren und erklärte sich entschieden gegen die Steuerfreiheit.

Es ist also jetzt völlig klar, wie Herr John A. Maharg, Führer der Opposition in der Legislatur von Saskatchewan, prominenter Progressiver und Präsident der Saskatchewan Grain Growers' Association, über diese Frage denkt. Er ist dagegen, daß die katholische Akademie dieselbe Steuerfreiheit erhält, wie die anderen Bildungsanstalten. Er sprach nicht nur gegen die Bewilligung der Steuerfreiheit, sondern stimmte auch dagegen. Mehr konnte er nicht tun, aber er tat alles, was er nur tun konnte, um diese Steuerfreiheit nicht zu bewilligen.

Nicht nur unsere katholischen Leser, sondern alle unsere Leser und Freunde sollten sich das ins Notizbuch schreiben. Denn er sagte, daß er gegen die Steuerfreiheit all dieser Institute sei.

Wir möchten besonders auch unsere Leser im Dominion Wahlkreis Moose Jaw bitten, sich beim Abgeben ihrer Stimmen obiger Stellungnahme eines bedeutenden Progressiven zu erinnern. Die Progressiven in Moose Jaw arbeiten hart, einen der ihren nach Ottawa zu schicken. Wir meinen aber, daß unsere Leser wohl nicht viel übrig haben können für eine Partei, deren Vertreter aus dem Parlament wegen unerlaubter Wahlpraktiken ausgeschlossen wurde und deren provinzialer Führer Maharg so einseitig und engherzig ist.

Wir sind aus diesen Gründen sicher, daß die Deutschen im Wahlkreis Moose Jaw so ziemlich einmütig für den Liberalen W. E. Knowles stimmen werden. Knowles ist ein Liberaler der guten alten Sorte, der Partei eines Walter Scott und des Sir Wilfrid Laurier, und wenn Herr Knowles nach Ottawa geht, dann hat Moose Jaw nicht nur einen tüchtigen Abgeordneten in Ottawa, sondern auch einen Mann, der vermöge seiner Zugehörigkeit zu herrschenden Partei wirklich etwas für den Wahlkreis tun kann. Es ist ja klar, daß ein Vertreter der herrschenden liberalen Partei viel mehr tun kann, als ein Anhänger einer Partei, die in der Opposition ist.

Franzosen töten eigenen Landsmann.

Buer, Rheinland. — Von seinen eigenen Landsleuten erschossen wurde ein Franzose, der in Gesellschaft anderer Franzosen eine Motorbootpartie auf dem Rhein-Herne-Kanal nahe Buer Erle unternommen hatte. Das Boot führte eine deutsche Flagge und als auf Anruf des franz. Wachpostens am Ufer dasselbe ungestört weiter fuhr, eröffnete die Wache Feuer mit obigem Resultat.

Zur Wahl in Moose Jaw am 10. April.

Am 10. April findet im Dominion Wahlkreis Moose Jaw eine Nachwahl statt. Diese Nachwahl ist aus dem Grunde notwendig geworden, weil der progressive Abgeordnete J. M. Johnson von den Gerichten als seines Sitzes verlustig erklärt worden ist. Und zwar deswegen, weil Johnson sich unerlaubte Wahlmanöver hatte zuschulden kommen lassen.

Das ist ein Grund, warum die Stimmgeber einen Liberalen wählen sollte. Wenn ein so prominenter Progressiver wie Johnson sich etwas derartiges leistet, dann dann es nicht gerade soweit her sein mit der berühmten „Ehrlichkeit und Reinheit der Wahlen", wie die Progressiven immer vorgeben.

Die beiden sich bei der Wahl gegenüber stehenden Kandidaten sind der Liberale Knowles und der Progressive Hopkins. Knowles ist ein hervorragender Parlamentarier, der sowohl im Dominion Parlament wie auch in der Provinlegislatur große Erfahrung hat. Er hat sich stets als ehrlicher und aufrichtiger Liberaler erwiesen und hat niemals seine Partei gewechselt und seinen „Rock nach dem Wind" gehängt. Und das ist ein weiterer Grund, warum Herr Knowles gewählt werden sollte. Mit Herrn Hopkins steht es nämlich in dieser Beziehung anders. Er, der heute der Bannerträger der Progressiven ist, war auch schon einmal ein starker Konservativer. Man hat ihn offenbar aufgestellt, um sowohl die progressiven wie auch die konservativen Stimmen zu fangen. Man wollte „zwei Fliegen mit einer Klappe" schlagen. Unserer Ansicht nach aber hat man sich verrechnet — denn sehr viele, die früher progressiv stimmten, werden jetzt liberal stimmen.

Wenn Herr Knowles gewählt werden sollte, so wird Moose Jaw einen Mann nach Ottawa schicken, der nicht nur ein Liberaler von echtem Schrot und Korn ist, sondern auch einen Mann von großem Können und großer gesetzgeberischer Erfahrung. Und das ist der dritte Grund, warum man für Knowles stimmen sollte. Wird Knowles gewählt, dann hat er die größte Aussicht, einen Ministerposten im liberalen Kabinett zu bekommen. Als Minister aber kann er sicher viel für seinen Wahlkreis in Hinsicht auf Bahnbauten und anderen öffentlichen Arbeiten tun. Man vergesse nie, daß er — ob Minister oder nicht — viel mehr für seine Wähler tun kann, als Hopkins, denn die Partei, zu der Knowles gehört, ist am Ruder und bleibt es noch für eine Reihe von Jahren. Die Partei, zu der Hopkins gehört, ist in der Opposition. Viele Wähler stimmten bei der letzten Wahl progressiv, nur, weil sie glaubten, die Progressiven kämen zur Herrschaft. Das ist aber nicht geschehen und darum werden viele von diesen Wählern jetzt wieder liberal stimmen.

Der vierte Grund, warum wir unsern Lesern raten, für Knowles zu stimmen, ist der, daß die progressive Partei noch nie gezeigt hat, daß das Wohl der Farmer ihr wirklich am Herzen liegt. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß der frühere progressive Führer Crerar gegen den „Wheat Board" war. Die Progressiven scheinen die Farmerbewegung, die Grain Growers Association u. s. w. nur zu benutzen, um ans Ruder zu kommen. Die Liberalen dagegen haben uns jetzt den „Wheat Board" gesichert und haben stets ihr Bestes unter den herrschenden Verhältnissen getan, dem Farmer zu helfen.

Der fünfte Grund ist der, daß die ganze progressive Bewegung eine engherzige und einseitige Klassenbewegung ist. Eine weitherzige, weitblickende und großzügige Partei wie die Liberale ist ihr auf jeden Fall vorzuziehen.

Aus diesen Gründen ziehen wir den Schluß, daß es das beste für den Moose Jaw Distrikt wäre, wenn Knowles am 10. April als Sieger aus der Kampagne hervorginge. Und wir sind dessen sicher, daß die deutschen Stimmgeber ihr bestes tun werden, Knowles nach Ottawa zu schicken.

Und zum Schluß möchten wir sagen: Tue jeder seine Bürgerpflicht und gebe am 10. April an die Wahlurne, um seine Stimme abzugeben. Jede Stimme zählt!

Ex-Kaisers Gattin nach Deutschland gereist.

London, 3. April. — Die Prinzessin Hermine, die zweite Gattin des früheren deutschen Kaisers, ist, einer Depesche der hiesigen „Times" aus dem Haag zufolge, nach Deutschland gereist. Sie beabsichtigt, wie die Depesche besagt, sich dort etwa zwei Monate aufzuhalten.

Die französischen „Heldentaten" im Ruhrgebiet

Sie rauben, morden und drohen weiter

Betreiben scharfe Einschüchterungs-Politik.

Ludwigshafen, 3. April. — Die Franzosen verhängten das Todesurteil über einen Deutschen, der sich ihren Wünschen nicht gefügig zeigen wollte. Das Urteil wurde über den Bahnsuperintendenten Gottfried ausgesprochen, der der Aufreizung seiner Leute zur Sabotage beschuldigt war. Das Urteil wurde aber später in 20jährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

Stehlen Weinberge und Weine.

Düsseldorf, 3. April. — Nach der Rheinischen Volkszeitung begannen die Franzosen mit Uebernahme der Weinberge des preußischen Staates an der Mosel. Sie beschlagnahmen Weinberge, Gebäude, Weinkeller und Flaschenweine. Tausende von Ackern mit Weinbergen, welche dem Staat gehören, liegen an der Mosel. Die Ortschaft Mettmann bei Elberfeld wurde von französischen Truppen und Tanks umzingelt.

Arbeitslose bilden Vereinigung.

Essen, 3. April. — Beschäftigungslose Arbeiter im Ruhrtal organisieren sich, sie bildeten eine Vereinigung zum wechselseitigen Nutzen.

„Wir müssen aushalten!"

Der Verband von Kohlengräbern und Fabrikarbeitern, der 1,300,000 Leute vertritt, forderte die Ruhrarbeiter auf, ihren passiven Widerstand ohne Anwendung von Gewalttaten fortzusetzen. „Wir müssen", sagt der Aufruf, „den Kampf für unsere Rechte und unsere Freiheit fortsetzen. Wir dürfen uns nicht durch zuckersüße Worte zwingen lassen, die Sklaven des französischen Imperialismus und Militarismus zu werden. Die ausländischen Ziele in der Ruhr werden nie verwirklicht werden."

„Kriegsfrevler" in Ruhr verhaftet.

London, 3. April. — Die französischen Behörden in der Ruhr verhafteten, gemäß einer Depesche der Central News Agentur von Düsseldorf, Leutnant Otto Steinbrinck, der in der Auslieferungsliste der Alliierten als Kommandant des deutschen Tauchboots 18 genannt wurde, das im März 1916 den englischen Passagierdampfer „Sussex" ohne Warnung torpedierte, wobei 50 Menschenleben verloren gingen. Der Dampfer wurde sinkend in einen französischen Hafen geschleppt.

Deutsche müssen auf Geheiß der Franzosen arbeiten oder werden ausgewiesen.

Essen, 3. April. — General Degoutte erließ eine Proklamation, in der er allen Eisenbahnarbeitern und deren Familien mit Ausweisung droht, wenn sie nicht die Arbeit wieder aufnehmen. 500,000 Deutsche werden von dieser Strafandrohung betroffen. Die deutsche Regierung trifft bereits Maßnahmen, die Ausgewiesenen im unbesetzten Deutschland unterzubringen.

Weiterer Geldraub.

Höchst a. M., 3. April. — Zehn Billionen Mark und 400,000 französische Francs, welche von der Reichsbank in Frankfurt nach Wiesbaden gesandt wurden, sind von den Franzosen beschlagnahmt resp. gestohlen worden.

Franzosen erschossen 9 Arbeiter und verwundeten 34.

Essen, 3. April. — Vier Direktoren der Krupp Werke wurden von den französischen Militärbehörden unter der Anklage verhaftet, deutsche Arbeiter am letzten Samstag gegen französische Truppen aufgereizt zu haben. Deutsche Arbeiter sollen anrückende Truppen mit Steinen beworfen haben, worauf diese von ihren Waffen Gebrauch machten und 9 Deutsche töteten sowie 34 weitere verwundeten.

Die Franzosen erklären, daß die Dampfsirenen der Kruppwerke volle zwei Stunden nach Ankunft ihrer Truppen geblasen wurden. Dies habe nicht nur die Arbeiter in den Werken, sondern auch die Bewohner der Umgegend gegen die anmarschierenden Franzosen aufgebracht und wenn auch die Direktoren das Pfeifen der Sirenen nicht angeordnet hätten, so hätten sie diesem Vorgehen der deutschen Arbeiter doch Halt gebieten können.

Was die Reitpeitsche zuwege gebracht.

London, 3. April. — Lady Bonham-Carter, die Tochter des früheren englischen Premierministers Asquith, gibt in ihrer Beschreibung ihres Besuchs im Ruhrgebiet eine Unterredung mit einem Kohlengräber wieder. Der Mann hatte seit Unterzeichnung des Friedensvertrags „Extrazeit" gearbeitet, um Gutmachungszahlungen zu ermöglichen. „Aber jetzt", sagte dieser Mann, „wenn ich in meiner eigenen Vaterstadt von französischen Offizieren vom Trottoir auf den Fahrdamm gestoßen werde — wenn ich sehe, wie sie die Leute mit ihren Reitpeitschen auf die Köpfe hauen — jetzt weiß ich, was es heißt, 'Blut zu sehen.'" Mit der Reitpeitsche wollen sie die deutschen Arbeiter zwingen, für sie zu arbeiten, um sie dann verächtlich in die Straße zu stoßen! Der Deutsche ist geduldig und läßt sich viel gefallen, aber läßt sich nicht von fremden Eroberern wie ein Sklave mit der Reitpeitsche treiben. In Bochum schlossen die Frauen alle Läden zwei Wochen. „Die Arbeiterfrauen", schreibt Lady Bonham-Carter, „beschwerten sich bitter; als ich sie aber fragte, ob sie aushalten könnten, antworteten sie „ja". Und sie werden aushalten — auf Monate hinaus. In den „Rübenjahren" 1916 und 1917 haben sie erfahren, was es heißt, zu hungern. Sie sind bereit, weiter zu hungern." Das deutsche Volk ist heute eines Sinnes. Es steht den französischen Räuberhorden wehrlos gegenüber. Aber es hat in dem passiven Widerstand, vor allem in seiner Einigkeit, eine Waffe, mit der Poincare und Genossen nicht gerechnet hatten. Mit Recht sagt Lady Bonham-Carter von der heutigen Lage in Deutschland: „Bismarck hat Deutschland 1870 geeinigt, Poincare hat es 1923 wieder fertiggebracht."

Frankreichs Vorgehen gegen Deutschland von allen Parteien im britischen Parlament verurteilt.

London, 3. April. — Der frühere Premierminister Asquith erklärte im Hause der Gemeinen, daß die Lage im Ruhrgebiete sehr ernst und beunruhigend sei, und verlangte, daß die Regierung die brutale Handlungsweise Frankreichs blosstelle. Er sagte, wenn Frankreichs Programm durchgeführt werde, so werde ein neues Elsaß-Lothringen geschaffen, mit allen bösen Folgen.

Asquith brandmarkte die Haltung Bonar Laws als eine Politik „wohlwollender Schwäche", und erklärte, daß der Vertrag von Versailles Frankreich hinreichende Sicherheit gewährleiste. Seine Aeußerungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Sir Edward Grigg, der Sekretär Lloyd Georges' war, als dieser das Amt des Premierministers hatte, und jetzt Mitglied des Hauses der Gemeinen, erhob die Beschuldigung, daß Frankreich es nicht mehr auf Erlangung von Entschädigung abgesehen habe, sondern daß die neue Politik in Paris nur noch eines bedeute: Zerrüttung Deutschlands und Trennung deutschen Gebiets vom Reiche.

Asquith fragte die Regierung, ob sie von den neuen Entschädigungsvorschlägen Deutschlands zur Zeit der Pariser Konferenz gewußt habe, und der Arbeiterführer Ramsay MacDonald erklärte, daß Frankreichs Vorgehen gegen Deutschland es diesem unmöglich gemacht habe, weiter Entschädigung zu zahlen.

Schatzkanzler Baldwin, der für den kranken Bonar Law sprach, wich Asquith's Frage aus, erklärte aber, daß während der letzten zwei Monate eine große Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich über Frankreichs Vorgehen im Ruhrgebiet bestanden habe. Die Franzosen wiesen Einmischungen irgend welcher Art auf das entschiedenste zurück und hätten die Tür gegen alle verriegelt, so daß sich nichts machen lasse.

Der Konservative Reynold MacNeill sagte, daß keine Verhandlungen möglich seien, wenn Deutschland fortfahre, darauf zu bestehen, daß Frankreich zuerst das Ruhrgebiet räumen müsse.

Die Debatte zeigte, daß alle Parteien Eingreifen wünschen und glauben, daß Frankreich nur von Eroberungsgelüsten geleitet werde.

Poincare's „große Hoffnung."

Paris, 3. April. — Premier Poincare, der vor dem Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer erschien, um über die Lage im Ruhrgebiet Bericht zu erstatten, erklärte, „er habe große Hoffnung, daß Deutschland Ende Mai nachgeben werde."

Bericht der britischen Arbeiter-Abordnung über den Ruhrbesuch.

London, 3. April. — Die Deputation britischer Arbeiter, welche Mitte März von hier nach dem Ruhrgebiet und anderen Teilen Deutschlands abging, hat ihre Untersuchungen beendet. Die Leute besuchten die hauptsächlichsten Städte in der Ruhrgegend, sprachen mit Beamten jeder Art und waren, wie sich die „Daily Expreß" aus Köln melden läßt, „von dem militärischen Charakter der Besetzung geradezu entsetzt." In Bochum fanden sie äußerst schlimme Zustände. „Die blasse Furcht ging durch die Straßen und versteckte sich hinter verschlossenen Türen. Die Furcht seitens der französischen Soldaten war kaum minder merkbar, als die der Bevölkerung."

Französischer Korporal im Ruhrgebiet getötet und französische Offiziere im Saartale verprügelt.

Berlin, 3. April. — Aus Wetter im Ruhrgebiet wurde berichtet, daß dort ein französischer Soldat, ein Korporal, von Deutschen getötet worden ist. Nach einem anderen Bericht wurde ein französischer Offizier in Neunkirchen im Saartale von sieben Männern, deren Identität nicht bekannt geworden ist, durchgeprügelt. Er soll schwer verletzt worden sein. Infolge dessen haben die Franzosen die Schließung der Wirtschaften und Speisehäuser in Neunkirchen angeordnet und öffentliche Versammlungen verboten.

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Bolschewiki verurteilen zwei kath. Prälaten zum Tode

Erzbischof Zepliaks Todesstrafe in 10-jährige Haft umgewandelt.

Moskau, 3. April. — Generalvikar Butchkavitch, ein Leiter der katholischen Kirche in Rußland, muß wegen Widerstandes gegen das Bolschewikisystem sterben. Das Leben von Erzbischof Zepliak wird geschont. Diese Entscheidungen traf der allrussische Vollzugsausschuß über Appelle aus der ganzen Welt, die gegen die Verurteilung der Prälaten durch ein russisches Gericht erhoben wurden. Auch die amerikanische Regierung hatte sich angeschlossen. Das Urteil gegen den Erzbischof wird in 10jährige Haft umgewandelt. Der auf die russische Regierung geübte Druck kam ausschließlich vom Ausland. Im Lande selbst ist das Interesse an den Prozessen gering. Verschiedene andere Priester sind zu geringeren Strafen verurteilt. Sie waren beschuldigt, sich der Beschlagnahme von Kircheneigentum im Einklang mit dem Bolschewikisystem widersetzt zu haben.

„Keine Einmischung", erklären Bolschewiki.

Die Zeitung „Pravda" sagt, der Ausschuß habe bei Umwandlung des Urteils des Erzbischofs nur das revolutionäre Gewissen und die revolutionäre Wohlfahrt berücksichtigt. Bei dem Generalvikar lasse sich nicht der gleiche Standpunkt anlegen, weil er der Agent von Polen war und nicht aus religiösem Fanatismus, wie Zepliak, sondern im Interesse eines fremden Staates handelte. „Pravda" und „Isvestia" bringen lange Antworten auf die ausländischen Proteste gegen die Urteile, in der allgemeinen Warnung „Hände weg" ausklingend. „Isvestia" bemerkt hinsichtlich der Drohungen des polnischen Premiers Sikorski, er solle sich nicht einbilden, daß er die Entschlüsse der Sovietregierung im geringsten beeinflussen könne. Generalvikar Butchkavitch ist 55 Jahre alt und stammt aus einer alten und reichen Familie polnischen Ursprungs, ist jedoch selbst ein russischer Bürger.

Die britische öffentliche Meinung und die französische Ruhrpolitik

Der „New Statesman" erklärt, daß alle Leiter der politischen Parteien und die große Mehrheit der Parlamentsabgeordneten in England in folgenden Punkten betreffs der französischen Ruhrpolitik einer Meinung sind:

1. Die französische Besetzung des Ruhrgebiets wird die Gesamtsumme der Reparationen, die für die nächsten Jahre kollektiert werden können, nicht erhöhen, sondern herabsetzen.

2. Der Hauptzweck der Besetzung des Ruhrgebiets ist für die Franzosen nicht, Geld zu kollektieren, sondern sogenannte „Sicherheiten" zu erhalten durch permanente Besetzung der Rheinfront, durch die Vernichtung (wenn möglich) der deutschen Industrie und der politischen und wirtschaftlichen Zerreißung und Zerstückelung der deutschen Republik.

3. Wenn diese französische Politik erfolgreich sein sollte, wird Frankreich die volle Oberherrschaft auf dem europäischen Kontinent besitzen.

4. Eine solche Politik kann der Wahrscheinlichkeit nach keinen Erfolg haben. Sollte das aber doch der Fall sein, so müßte Großbritannien sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften bekämpfen.

5. Eine solche Politik Frankreichs, ob erfolgreich oder nicht, führt nicht nur zur Zerstörung aller Hoffnungen des zivilisierten Europa auf eine Zeit friedlichen Wiederaufbaus — sondern zu einem neuen, gewaltigen Krieg.

6. In diesem Krieg könnte Großbritannien nicht auf Seiten Frankreichs kämpfen.

7. Das Interesse Großbritanniens und der ganzen Welt verlangen den sofortigen Rückzug Frankreichs aus dem Ruhrgebiet und die Aufgabe aller Pläne zur Vernichtung der deutschen Industrie.

Soweit der „New Statesman". Trotzdem hat der Premierminister Bonar Law sich noch nicht dazu aufgeschwungen, den Franzosen die öffentliche Meinung Britanniens öffentlich und offen zu erklären. Immerhin macht er nicht mit Frankreich mit.

Von unseren canadischen Politikern — namentlich dem konservativen Meighen — müßte man annehmen, daß sie jubelnd mit den Franzosen gehen möchten wenn sie könnten. Ueberhaupt scheinen die canadischen Politiker franzosenfreundlicher und deutschfeindlicher zu sein, wie „Old England". Und das ist auch eine eigentümliche Erscheinung in einer Welt, die voll von sonderbaren Erscheinungen und Ereignissen ist.

Lloyd George über Frankreichs Ziele im Ruhrgebiet

Berlin, 3. April. — In der Deutschen Allgemeinen Zeitung erschien ein weiterer Artikel Lloyd Georges. Er untersucht die Frage, welche Ziele Frankreich im Ruhrgebiet verfolgt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Frankreich durch die Beherrschung der Industrien des Ruhrgebietes Europa im Interesse seines eigenen Nutzens auszubeuten beabsichtigt. Er geht soweit, zu sagen, offenbar habe Frankreich die Absicht, Reparationen zu erlangen, längst aufgegeben, und es trachte nur danach, eine Plünderung von ungeheurem Umfange zu begehen. Dann fährt er fort:

Es hat seine Bedeutung, daß die Bedingungen, die Deutschland bei seiner Unterwerfung annehmen soll, nie formuliert wurden. Wenn Deutschland sich morgen unterwirft, welche Bedingungen wird es dann erfüllen müssen? Wer kann dieses sagen? Deutschland weiß es sicher nicht, die britische Regierung weiß es nicht. Auf der Pariser Konferenz ist nie darüber gesprochen worden. Herr Poincare hat lediglich emphatisch erklärt, daß er sich mit Versprechen nicht begnügen würde. Wenn das Ruhrgebiet geräumt werden soll, müssten in irgendeinem Stadium Versprechungen angenommen werden, denn Deutschland kann nicht die Kohlenlieferung von 10 Jahren auf einmal leisten und es kann nicht 50 Milliarden Gold im Jahre hinlegen. Wenn also Herrn Poincares Feststellungen einen Sinn haben, soll die Kontrolle der Ruhrindustrien Frankreich zufallen, bis die ganze Schuld bezahlt ist. Daher der Plan der Ausbeutung Deutschlands und Europas durch Frankreich.

Ein schöner Plan, aber wie alle Pläne, bei denen nicht mit der Menschennatur gerechnet wird, zum Fehlschlag verurteilt. Wie lange würden

(Fortsetzung auf Seite 4.)

„Wheat-Board"-Maßnahmen.

Premierminister Hon. Chas. A. Dunning erhielt dieser Tage vom Herrn Robb, Minister für Gewerbe und Handel (Ottawa), folgendes Telegramm: „Da wir vom Ihnen und Premier Greenfield (Alberta) offiziell davon benachrichtigt worden sind, daß Sie den „Wheat Board" einrichten wollen, werden sofort durch den Ministerrat Schritte unternommen werden, um das einschlägige Dominion-Gesetz wieder in Kraft zu setzen und seine Wirksamkeit auf ein Jahr vom 15. August 1923 an zu verlängern."

Hon. W. R. Motherwell, der sich dieser Tage kurze Zeit in Regina aufhielt, meinte, als er über das Wheat-Board-Problem gefragt wurde, daß wahrscheinlich bald eine Konferenz anberaumt werden würde, um über das Personal zur Leitung des „Wheat-Boards" zu beraten. Er wollte sich nicht bestimmt äußern, als man ihn fragte, ob nach seiner Meinung dies Jahr ein kompetenter Oberleiter gefunden werden könnte.

Sven Hedin über Deutschlands Zukunft

Hamburg, 3. April. — Sven Hedin hat auf der Durchreise nach Nordamerika einem Mitarbeiter der Hamburger Nachrichten erzählt, mit welcher Teilnahme seine schwedischen Landsleute die Ereignisse im Ruhrgebiet verfolgen. Daß man mit Waffengewalt in unbewaffnetes Land einbrache, ja, daß man Schwarze Gewalttaten verüben lasse an wehrlosen Männern und Frauen, habe in den skandinavischen Ländern ehrliche Empörung hervorgerufen. Immer wieder betont er: „Einigkeit ist alles! Der französische Einfall hat, so scheint es, den politischen Hader, die Parteizwistigkeiten in Deutschland verstummen lassen. Wenn diese Einigkeit erhalten bleibt, die jetzt die deutschen Stämme so stark miteinander verbindet, so kann es nicht schlimm um Deutschlands Zukunft bestellt sein, was immer auch noch kommen möge."

Letzte Nachrichten

Berlin. — Reichspräsident Ebert richtete eine Botschaft an die Beamten der Kruppwerke, in welcher er über die Erschießung von deutschen Arbeitern durch französische Soldaten unter anderem sagt: „Der französische Militarismus hat ein fürchterliches Blutbad unter friedlichen und unbewaffneten Arbeitern angerichtet. Die Franzosen schossen mit Maschinengewehren auf Arbeiter, die nur friedlichen Protest erhoben hatten gegen gewaltsamen Einbruch in deutsche Arbeitsstätten."

London. — Die zu einer dreitägigen Konferenz vereinigte Unabhängige Arbeiter-Partei verdammte durch eine Resolution die Besetzung des Ruhrgebiets und verlangte die Zurückziehung aller fremden Truppen aus Deutschland. Der deutsche Delegat Crispien sagte, die Sozialisten seines Landes wünschten, daß die Briten auf keinen Fall allein abzögen. M. Vaumet von Frankreich betonte, daß, wenn die französische sozialistische Partei nicht gespalten wäre, Poincare es nicht hätte wagen dürfen, das „abenteuerliche Ruhrabenteuer" auszuführen. Er prophezeite Poincare's Sturz bei den nächsten Wahlen und eine Verdoppelung der sozialistischen Vertretung im Parlament, welche dem gegenwärtigen französischen Imperialismus ein schnelles Ende bereiten würde.

Inhaltsverzeichnis

S. 1—Ein Nachklang zur Legislatursitzung. — Zur Wahl in Moose Jaw. — Die französischen „Heldentaten" im Ruhrgebiet. — Die britische öffentliche Meinung und die französische Ruhrpolitik. — Wheat-Board-Maßnahmen, und andere Neuigkeiten. — Letzte Nachrichten.
S. 2—Editorielles. — Weltumschau. — Zur Unterhaltung und Belehrung.
S. 3—Wer sind die Hunnen? — Der Rückzug aus dem Teutoburger Walde. — Frankreich arbeitet ein neues [illegible] heraus.
S. 4—Aus canadischen Provinzen. — Ein betrogenes Volk. — Allgemeines.
S. 5—Die französischen Heldentaten. — Krieg gegen Frauen und Kinder. — Die Fremdherrschaft. — Allgemeines.
S. 6—Für die Kinder. — Für die Hausfrau. — Für unsere Farmer.
S. 7—Erzählung: „Die Sünden der Väter".
S. 8—Regina und Umgegend. — Allgemeines.
S. 9—Der westkanadischen Bischöfe Schreiben an den Kölner Kardinal. — Allgemeines. Für katholische Leser: Volksvereins-Nachrichten.
S. 10—Mitteilungen unserer Leser.
S. 11—Klassifizierte Anzeigen. — Die vier Glocken.
S. 12—Vaterland und Muttersprache. — Weltumschau (Forts. v. S. 2). — An die Frauen und Mütter der [illegible]. — Allgemeines.